Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 6/808
14.02.2012

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Initiativen zur Aufhebung des so genannten Kooperationsverbots in Bildung und Wissenschaft unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Initiativen im Bundesrat zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern in den Bereichen von Bildung und Wissenschaft zu erweitern und die durch die Föderalismusreform herbeigeführten Einschränkungen zu überwinden.
   Dabei geht es insbesondere darum:

   - die Möglichkeiten der Förderung durch den Bund über den Rahmen von Projekten mit überregionaler Bedeutung hinaus zu erweitern und zu verstetigen,

   - die Voraussetzungen zu schaffen, dass Bund und Länder gemeinsam Bildungsmindeststandards entwickeln und durch entsprechende Förderung ihr Erreichen sichern können sowie

   - das Kooperationsverbot in Artikel 104b Grundgesetz, d. h., die Beschränkung der Bundesförderung auf Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufzuheben, um so alleinige Finanzierungen des Bundes oder gemeinsame Finanzierungen des Bundes und der Länder in den Bereichen von Bildung, Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen.

2. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, zeitnah den Landtag über den Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen im Bundesrat in dieser Angelegenheit zu unterrichten.

(Ausgegeben am 15.02.2012)

Begründung

Bereits im Jahre 2010 hat der Landtag einen Beschluss gefasst, der die Landesregierung aufforderte, zur Überwindung des Kooperationsverbots im Bereich der Bildungspolitik beizutragen.
Das Problem ist aus der Sicht der einbringenden Fraktion nach wie vor akut.
Mehr noch, die auf mittelfristige Sicht sich verengenden finanziellen Spielräume der Länder auf der einen Seite und die wachsende Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung auf der anderen legen eine Bündelung der Kräfte von Bund und Ländern nahe.
Die Gewährleistung eines hohen Niveaus von Bildung, Wissenschaft und Forschung ist aus der Sicht der LINKEN eine Aufgabe von nationalem Rang, die die föderalen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder wie das Engagement des Bundes erfordern.
Das gebieten sowohl die Zielstellung chancengleicher sozialer Entwicklungsperspektiven für alle Bürgerinnen und Bürger als auch die Erfordernisse einer ökologisch ausgewogenen und leistungsfähigen Wirtschaft.

Die Fraktion DIE LINKE nimmt die Bundesratsinitiativen des Landes Schleswig-Holstein und der Hansestadt Hamburg, die in die Ausschüsse zur Beratung überwiesen sind, zum Anlass, erneut die Landesregierung aufzufordern, im Sinne der Entwicklung von Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern auf den Gebieten von Bildung, Wissenschaft und Forschung aktiv zu werden.
Die im Antrag formulierten Schwerpunkte werden weitgehend von der Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein getragen.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender